



PRESSEINFORMATION

Fachbereich Gemeinden

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Verbesserung für die Fleischkontrolleure beim Kreis Gütersloh nicht gewollt - außer bei der SPD Fraktion -Ablehnung bei den anderen politischen Parteien

ver.di-Bezirk Ost-
westfalen-Lippe

09.02.2021

Kreis argumentiert wiederholt mit falschen Fakten. Klarstellung notwendig.

ver.di und die Beschäftigten sind enttäuscht über die erste Beratung im Gesundheitsausschuss und fordert eine sachgerechte Auseinandersetzung mit dem Thema.

„Als Fakt dazustellen, dass es sich nur um eine kleine Anzahl von Mitarbeitern handelt, die Interesse an einem Tarifwechsel haben, ist irreführend und spielt das Thema herunter“ erklärt Petra Meyer, ver.di Gewerkschaftssekretärin.

„Fakt ist: 16 Beschäftigte haben den Schritt unternommen und Klage vor dem Arbeitsgericht eingelegt. Aufgrund des gleichen Streitgegenstands und auf Vorschlag des Arbeitsgerichtes Bielefeld gehen jedoch nur zwei Verfahren in die Berufung und werden vor dem Landesarbeitsgericht Hamm musterartig verhandelt. Ein Termin steht noch aus.

Nicht mitgezählt und präsent sind jedoch die Stimmen, die sich nicht an den Klagen beteiligt haben, aber trotzdem wechseln würden, wenn sie denn könnten. Diese Zahl wächst immer mehr – in Gütersloh und bundesweit.“

„Aus vielen Gesprächen wissen wir, dass sich immer mehr Beschäftigte mit den vertraglichen Bedingungen auseinandersetzen und auf die Möglichkeit des Wechsels warten“ bestätigt Reinhard Kastrup, amtlicher Fachassistent in Gütersloh und Josef Schultze Spüntrup, Vorsitzender des Bundesverbandes der amtlichen Fachassistenten ergänzt: „zumal es in einzelnen Landkreisen durchaus möglich ist. Die Anwendung von zwei Tarifverträgen bedeutet auch keine Zweiklassengesellschaft, sondern ist eine sachgerechte Reaktion auf veränderte Bedingungen.“

„Alle Parteien könnten sich aktiv für bessere Arbeitsbedingungen der Beschäftigten und zugunsten des Gesundheitsschutzes für die Bürger und Bürgerinnen einsetzen, indem sie den Antrag der SPD unterstützen.“ „Ein Abwarten auf die rechtliche Entscheidung des Landesarbeitsgerichtes ist nicht notwendig, wenn man sich für das Wohl der Beschäftigten und einen besseren Tarifvertrag einsetzt.“ so Petra Meyer.

„Die Arbeit der amtlichen Tierärzte und Fachassistenten bedeuten schlichtweg Sicherheit für die Verbraucher.

Amtliche Tierärzte und Fachassistenten verdienen sichere Arbeitsbedingungen!“ erklärt Dirk Joos Vorsitzender des Fachbereichs Gemeinden in OWL. „Es wäre gut, wenn sich auch die Politik vor Ort ihrer Verantwortung bewusst wäre. Nach den gesetzlichen Verbesserungen für die Arbeitsbedingungen in den Schlachtunternehmen sind jetzt auch die amtlichen Kontrollen dran.“

Es folgen noch die Beratungen zum Antrag der SPD am 17.02. im Finanzausschuss, am 22.02. im Kreisausschuss und am 1.3. im Kreistag.